

Fraktion **direkt**

58 | 13. Mai 2016

Zur Lage

Unsere Landwirte brauchen Hilfe

Fraktion arbeitet an Maßnahmenpaket

Sehr viele deutsche Bauern kämpfen momentan um ihr wirtschaftliches Überleben. Überraschender Weise hat die breite Öffentlichkeit dies noch nicht zur Kenntnis genommen. Spricht man das Thema in Fernsehsendungen an, blickt man in erstaunte Gesichter der Moderatoren. Doch die Not der Landwirte ist so groß wie lange nicht. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist entschlossen, den Bauern in dieser Krise zu helfen.

Insbesondere Milchbauern und Schweinehalter leiden unter dem rapiden Preisverfall ihrer Erzeugnisse. Denn die Nachfrage aus dem Ausland – aus Ländern wie China und Russland – ist eingebrochen. Es geht um die Zukunft der ganzen Branche in Deutschland und um das Herzstück des ländlichen Raums. Ohne eine gesunde Landwirtschaft würde der ländliche Raum immer weiter verarmen. Die Struktur unseres gesamten Landes würde sich verändern.

„Die Not der Landwirte ist groß wie lange nicht“

Die Unionsfraktion steht an der Seite der Landwirtschaft – in guten wie in schlechten Zeiten. Die Märkte können wir allerdings nicht ändern, und natürlich muss sich die Landwirtschaft der neuen Situation zuallererst selbst anpassen. Beispielsweise muss sie die Überproduktion zurückfahren. Aber die Politik kann die Landwirte auch nicht allein lassen. Deshalb arbeiten wir als Fraktion gemeinsam mit der Bundesregierung an einem Maßnahmenpaket, um unseren Familienbetrieben den Rücken zu stärken.

Einzelne Bestandteile dieses Pakets zeichnen sich bereits ab. Zunächst ist es gut vorstellbar, Hilfen zu gewähren, die Liquidität der Höfe zu verbessern. Denn momentan fehlen vielen Landwirten schon die Mittel, um den laufenden Betrieb am Leben zu erhalten, etwa Löhne und Futtermittel zu bezahlen. Denkbar ist eine Entlastung bei der Unfallver-



Foto: Laurence Chaperon

Volker Kauder
Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

sicherung der Landwirte. Ob die Landwirte auch steuerlich etwas besser gestellt werden können, muss noch geprüft werden. In der Diskussion ist außerdem, es der Branche zu ermöglichen, selbst bestimmte Produktionshöchstmengen festzulegen. Außerdem fordern wir unseren Koalitionspartner und die von ihm geführten Ministerien auf, von immer weiteren Auflagen für die Landwirtschaft abzusehen. Mit Bürokratie darf die Landwirtschaft nicht noch weiter belastet werden.

Zuletzt: Wir müssen auch diskutieren, was uns die qualitativ hochwertigen, sicheren und gesunden Lebensmittel der deutschen Landwirtschaft wert sind. Wollen wir die deutsche Landwirtschaft opfern, nur um immer billigere Produkte kaufen zu können?

Volker Kauder

Inhalt

Unsere Landwirte brauchen Hilfe	1
Sichere Herkunftsstaaten – Die Liste wirkt	2
Fluchtursachen bekämpfen	3
„Wir müssen unsere Grundwerte vermitteln“	4
Barrierefreiheit wird ausgeweitet	5
„Die Höfe brauchen dringend Liquidität“	6
Den Luftverkehrsstandort Deutschland erhalten	7
Die christliche Soziallehre als Wertekompass	8
Europa braucht Großbritannien – Großbritannien braucht Europa	9
„Der Frieden muss erarbeitet werden“	10

Kommentar

Sichere Herkunftsstaaten – Die Liste wirkt

Lebenssituation in Maghreb-Staaten mit Syrien nicht vergleichbar



Foto: Dominik Butzmann

Michael Grosse-Brömer

Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Unter dem Eindruck des Flüchtlingszustroms, der 2015 nach Deutschland kam, hatten sich die Koalitionspartner bereits im vergangenen November darauf verständigt, neben den sechs Balkan-Staaten, dem Senegal und Ghana auch Algerien, Marokko und Tunesien zu sicheren Herkunftsstaaten zu machen. Ziel war es, entsprechende Asylverfahren zu beschleunigen und die Aufenthaltsdauer von Asylantragstellern ohne Aussicht auf einen Schutzstatus zu verkürzen. Leider hatte die SPD die Umsetzung dieses Vorhabens vorübergehend ausgebremst, so dass wir das Gesetz nun erst verabschieden konnten.

Inzwischen hat sich die offizielle Zahl der Migranten aus Nordafrika wie auch aus anderen Staaten des Nahen und Mittleren Ostens zwar reduziert. Daraus aber – wie die Opposition es tut – abzuleiten, dass das Gesetz zur Einstufung Algeriens, Marokkos und Tunesiens überflüssig sei, ist falsch. Wir haben bereits bei der Einstufung aller Westbalkan-Staaten die Erfahrung gemacht, dass allein die Ankündigung, Länder als sichere Herkunftsstaaten zu kategorisieren, dazu

führt, dass sich weniger Flüchtlinge auf den Weg nach Deutschland begeben.

Faktum ist, dass es in den drei Maghreb-Staaten keine asylrelevante Verfolgung gibt. Niemand wird die Lebenssituation in Tunesien oder Marokko mit der in Eritrea oder Syrien vergleichen wollen. Es ist aber auch falsch, den Eindruck zu erwecken, dass mit der entsprechenden Einstufung ihres Heimatlandes, Menschen aus Tunesien, Marokko oder Algerien kein Recht mehr

auf ein geordnetes Asylverfahren in Deutschland haben. Das ist nach wie vor möglich. Dann wird regulär die Einzelfall-Prüfung im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) durchgeführt und über den Antrag entschieden. Das Asylrecht wird also nicht eingeschränkt. Die sinkende Zahl von Flüchtlingen aus Nordafrika ermöglicht es den Mitarbeitern des BAMF aber, sich auf die tatsächlich schutzbedürftigen Asylbewerber etwa aus Syrien zu konzentrieren und deren Fälle deutlich schneller zu bearbeiten.

Neben der Gesetzesregelung, die wir in dieser Woche verabschiedet haben, hat auch die Entscheidung der Türkei, für die drei genannten nordafrikanischen Staaten die Visumpflicht einzuführen, dazu geführt, dass sich immer weniger Menschen über die Türkei den Weg nach Mitteleuropa suchen. Doch auch wenn die Route über die Türkei inzwischen kaum noch eine Option ist, wissen wir auch, dass mit dem Frühjahr die Aktivitäten der Schlepper im Mittelmeer wieder zunehmen können und dann viele Menschen über die nordafrikanische Küste nach Europa kommen könnten. Der Migrationsdruck aus Nordafrika wird nicht geringer. Auch deshalb ist es richtig, dass wir einen weiteren Schritt im Asylrecht gehen.

Impressum

Herausgeber
Michael Grosse-Brömer MdB
Max Straubinger MdB
CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Platz der Republik 1
11011 Berlin

V.i.S.d.P.: Ulrich Scharlack
Redaktion: Claudia Kemmer (verantw.)

T 030. 227-5 30 15
F 030. 227-5 66 60
pressestelle@cducsu.de

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

Fluchtursachen bekämpfen

Bundestag verabschiedet Antrag der Koalitionsfraktionen – Flüchtlinge brauchen Perspektiven in ihrer Region

Weltweit befinden sich derzeit rund 60 Millionen Menschen auf der Flucht – so viele wie nie seit dem Zweiten Weltkrieg. Neben Kriegen und Konflikten sind Hunger und Armut sowie korrupte Regierungen und Menschenrechtsverletzungen in den Herkunftsländern Hauptauslöser für die Fluchtbewegung. Deutschland und Europa wollen sich mehr denn je für die Bekämpfung von Fluchtursachen in den Krisengebieten des Nahen Ostens und Afrikas einsetzen. Der Bundestag verabschiedete am Donnerstag einen Antrag der Koalitionsfraktionen, der auflistet, was zu tun ist.

Der Fokus des Antrags liegt auf Syrien, wo seit mehr als fünf Jahren Bürgerkrieg herrscht, und den angrenzenden Staaten, in denen rund 4,8 Millionen syrische Flüchtlinge untergekommen sind. Aber auch Libyen, wo eine neue Einheitsregierung Fuß zu fassen versucht, gerät als Transitland für Flüchtlinge aus Subsahara-Afrika immer mehr in das Zentrum der Aufmerksamkeit.

Bei der Fluchtursachenbekämpfung handelt es sich um eine ressortübergreifende Aufgabe, bei der besonders die Entwicklungspolitik gefragt ist, wie die Fraktionen von Union und SPD konstatieren. Grundvoraussetzung dafür, dass Menschen nicht mehr aus Syrien fliehen, ist allerdings ein Ende des Bürgerkriegs.

Zunächst geht es darum, im Kriegsland Syrien selbst sowie in den Nachbarstaaten Jordanien, Libanon, Irak und Türkei die Grundbedürfnisse des Überlebens für die Flüchtlinge zu sichern. Darüber hinaus müssen aber auch Lebensperspektiven für die Menschen geschaffen werden. Das betrifft vor allem die schulische Ausbildung, damit keine „verlorene Generation“ heranwächst. Der Zugang zu Bildung ist laut UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR einer der wichtigsten Faktoren bei der Entscheidung, ob Menschen die Krisenregion verlassen und nach Europa ziehen. Gleichzeitig müssen für die Flüchtlinge Arbeitsmöglichkeiten geschaffen werden.



Foto: picture alliance/AA

Sylerin in einem Flüchtlingslager im Libanon

Hilfe für Kommunen

Schließlich geht es darum, die Infrastruktur der Kommunen zu verbessern, in denen die Flüchtlinge untergekommen und die enorm belastet sind. 86 Prozent der syrischen Flüchtlinge in der Region leben nicht in Aufangslagern, sondern in Dörfern und informellen Siedlungen. Die Belange der einheimischen Bevölkerung müssen stets mitberücksichtigt werden, um Spannungen zwischen den Bevölkerungsgruppen zu vermeiden.

Die Koalition würdigt in ihrem Antrag, dass die Bundesregierung schon einiges getan hat. So stellte sie im Rahmen der Syrien-Krise seit 2012 be-

reits 1,6 Milliarden Euro zur Verfügung. Deutschland ist somit der drittgrößte Geber. Bei der Londoner Geberkonferenz für Syrien gab Berlin die höchste Einzelzusage ab mit 2,3 Milliarden Euro bis 2019. Den Treuhandfonds für Syrien, aus dem nach einem Ende des Konflikts der Wiederaufbau finanziert werden soll, kofinanzierte die Bundesregierung mit 33,7 Millionen Euro. Das Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit beteiligt sich an der Anschubfinanzierung zur Schaffung von Arbeitsplätzen in der Region mit 200 Millionen Euro. Auch über die Europäische Union ist Deutschland finanziell an der Fluchtursachenbekämpfung beteiligt.

Marokko, Tunesien und Algerien werden sichere Herkunftsstaaten

Nach dem Westbalkan werden auch die drei Maghreb-Staaten Marokko, Tunesien und Algerien zu sicheren Herkunftsländern erklärt. Das beschloss der Bundestag am Freitag. Bürger aus sicheren Herkunftsländern, die in Deutschland Asyl beantragen, können leichter und schneller in ihre Heimat zurückgeführt werden. Denn der Gesetzgeber geht davon aus, dass sie dort weder politisch verfolgt noch unmenschlich behandelt oder bestraft werden. Gleichwohl können Bürger aus diesen Ländern hier Asyl bekommen. Denn das Recht auf Asyl ist ein vom Grundgesetz garantiertes Individualrecht.

Die Einstufung als sicheres Herkunftsland schreckt all jene ab, die sich aus wirtschaftlicher Not auf den Weg nach Europa machen. Dass diese Botschaft bei den Betroffenen ankommt, zeigt das Beispiel der sechs Westbalkan-Staaten Bosnien-Herzegowina, Mazedonien, Serbien, Montenegro, Albanien und Kosovo, die 2014 und 2015 auf die Liste sicherer Herkunftsländer gesetzt wurden. Von dort kommen heute kaum noch Asylsuchende. Denn für sie lohnt es sich nicht mehr, ihr Hab und Gut zu verkaufen, um sich hier niederzulassen – und sei es auch nur für die Dauer des Asylverfahrens.

„Wir müssen unsere Grundwerte vermitteln“

Franz Josef Jung über Religionsfreiheit und den Islam in Deutschland



Foto: MdB-Büro Dr. Jung

Franz Josef Jung
Stellvertretender Vorsitzender der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion

In Deutschland ist eine Debatte über die Stellung des Islam in der Gesellschaft entbrannt. Dies ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass die meisten der Flüchtlinge, die seit dem vergangenen Sommer zu uns gekommen sind, muslimischen Glaubens sind. Über die Religionsfreiheit und den Islam sprach „Fraktion direkt“ mit dem stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden und Beauftragten für Kirchen und Religionsgemeinschaften, Franz Josef Jung.

Herr Jung, die Religionsfreiheit in Deutschland wird vom Grundgesetz garantiert. Das gilt selbstverständlich auch für den Islam. Wo also liegt das Problem?

Jung: Deutschland wird in religiöser Hinsicht vielfältiger – das bestätigt der Migrationsbericht der deutschen Stiftungen. Dazu gehört, dass inzwischen mehr als vier Millionen Muslime in Deutschland leben. Rund 1,8 Millionen von ihnen sind deutsche Staatsbürger.

Klar ist: Deutschland bleibt seinen christlichen Werten verbunden. Gleichzeitig müssen wir dafür sor-

gen, dass die Muslime, die mit uns in Frieden und Freiheit leben, ihre Religion auf der Basis unseres Grundgesetzes ausüben.

Problematisch scheint, dass es hierzulande islamische Verbände gibt, die auf unterschiedliche Weise von ihren Ursprungsländern abhängig sind – nicht zuletzt finanziell. Diese Abhängigkeit mag zum diffusen Bild über Muslime in Deutschland beigetragen haben. So sind die Sorgen und Ängste in der Bevölkerung angesichts der zugezogenen Flüchtlinge vielleicht erklärbar. Selbstverständlich führt auch der fundamentalistische Islam zu Ängsten in der Bevölkerung.

Der Islam hat verschiedene Ausprägungen. Wie kann man die Muslime unterstützen, die die freiheitlichen Werte teilen?

Jung: Wir müssen denen eine stärkere Stimme geben, die Deutschland zu ihrer Heimat gemacht haben, die sich mit Ehrgeiz, Leistungsbereitschaft und Offenheit einbringen und ihren Glauben im Einklang mit unserem Grundgesetz leben.

Auch sollte man darüber nachdenken, die muslimischen Gemeinden in das deutsche Religionsverfassungsrecht einzugliedern und damit die Sonderstellung des muslimischen Glaubens zu beenden. Parallelstrukturen durch „Staatsverträge“ in den Bundesländern oder Sonderrechte für Muslime erschweren die Diskussion und auch die gesellschaftliche Anerkennung der Muslime.

Zudem würde ich es begrüßen, wenn die Gemeinden mehr auf Imame vertrauten, die an deutschen Hochschulen ausgebildet wurden. Dies gilt auch für die Bundesländer, die Lehrer für den bekenntnisorientierten islamischen Religionsunterricht einstellen.

Der Verfassungsschutz beobachtet rund 90 Moscheen, in denen Gläubige mit

Hassreden aufgewiegelt werden. Muss der Staat nicht härter durchgreifen?

Jung: Der Bundesinnenminister leistet hier gemeinsam mit dem Bundesverfassungsschutz eine wichtige Arbeit. Wer Hass predigt, muss des Landes verwiesen werden!

Mit welchen Maßnahmen kann man eine reibungslose Integration der jüngst zugewanderten Muslime in unsere Gesellschaft befördern?

Jung: Vor allem müssen wir unsere Grundwerte, die auf der Basis des christlichen Menschenbildes beruhen, vermitteln. Hier ist die gesamte Gesellschaft gefordert. Nur wenn wir uns mutiger auf unsere Wurzeln besinnen und sie selbstbewusster vertreten, können wir denjenigen, die zu uns kommen, unsere Grundwerte vermitteln – egal, welcher Religion sie angehören, oder ob sie überhaupt religiös sind.

Wichtig ist außerdem: Wir erwarten von den Muslimen, dass sie unsere säkulare Ordnung, also die Trennung zwischen Staat und Kirchen bzw. Religion sowie die Neutralität des Staates, anerkennen.

Zuletzt eine Frage zur Europäischen Union: Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker hat erstmals einen Sonderbeauftragten für Religions- und Glaubensfreiheit außerhalb der EU ernannt. Wie bewerten Sie das?

Jung: Einen EU-Beauftragten für Religionsfreiheit hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion über lange Jahre gefordert. Indem die EU-Kommission nun ein solch außenpolitisch relevantes Amt schafft, macht sie deutlich, dass Europa entschlossen ist, seine Grund- und Freiheitsrechte, insbesondere die Religionsfreiheit, nach außen sichtbar zu verteidigen.

Barrierefreiheit wird ausgeweitet

Bundestag verabschiedet Reform des Behindertengleichstellungsgesetzes – Neue Zielgruppen und Standards

Das Behindertengleichstellungsgesetz (BGG) ist in die Jahre gekommen. Seit seiner Inkraftsetzung 2002 wurde unter anderem die UN-Behindertenrechtskonvention in Deutschland zum geltenden Recht, die neue Maßstäbe setzte. Der Bundestag verabschiedete daher am Donnerstag eine Reform, mit der das Gesetz im Ganzen modernisiert und an die Konvention angepasst wird.

Artikel 3 des Grundgesetzes besagt: „Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.“ Diesen Grundsatz setzte der Gesetzgeber vor 14 Jahren mit dem BGG um, in welchem er für die Bundesebene Barrierefreiheit fest schrieb. Menschen mit Behinderungen sollten genauso leicht Zugang zu Gebäuden bekommen und Verkehrsmittel nutzen können wie Nichtbehinderte. Die Bundesländer haben mit ihren Landesgleichstellungsgesetzen nachgezogen. Jetzt wird das BGG an neue Zielgruppen und Standards angeglichen. Allerdings richtet sich das nicht allein an die öffentliche Hand auf Bundesebene, sondern auch an die Landesebene, die kommunale Ebene und die Wirtschaft.



Foto: Bundesarbeitsgemeinschaft Integrationsfirmen

Texte in Leichter Sprache

Für den Bund schreibt das neue BGG unter anderem vor, dass Behörden Textdokumente von nun an in Leichter Sprache zur Verfügung stellen müssen, damit auch Menschen mit Lernbeeinträchtigungen sie verstehen. Beispielsweise werden künftig Bescheide der Agentur für Arbeit oder der Renten- und Krankenversicherung in Leichter Sprache erläutert. Auch Internetauftritte sollen barrierefrei gestaltet werden.

Texte in Leichter Sprache sind aber nicht nur ein Angebot für Menschen, die eine geistige Behinderung haben. Ebenso sollen Menschen mit psychischen Erkrankungen das neue Angebot in Zukunft abrufen können.

Eingerichtet wird auch eine Bundesfachstelle für Barrierefreiheit, welche die Behörden bei diesem Thema unterstützen soll. Auf mittlere Sicht soll die Fachstelle darüber hinaus als Beratungsinstitut für Private, Kommunen und öffentliche Einrichtungen agieren. Auch in anderer Hinsicht wirkt das Gesetz mittelbar in die Wirtschaft hinein. So sind Firmen, die vom Bund Drittmittel erhalten, an die Richtlinien des BGG gebunden.

Kostenloses Schlichtungsverfahren

Ein neues, kostenloses Schlichtungsverfahren soll außerdem verhindern helfen, dass Menschen mit Behinde-

rungen im Streitfall langwierige Gerichtsverfahren durchlaufen müssen. Nicht nur Verbände, sondern auch Einzelpersonen können die Schlichtungsstelle einschalten. Sie wird bei der Beauftragten für die Belange behinderter Menschen angesiedelt und arbeitet unabhängig.

Das reformierte BGG ist eingebettet in eine Reihe weiterer Regelungen, die Menschen mit Behinderungen zugutekommen. Zu nennen wäre hier das bereits beschlossene Förderprogramm für Integrationsbetriebe im Umfang von 150 Millionen Euro, das Menschen mit Behinderungen zu mehr Jobs verhelfen soll. Auch das noch zu beratende Bundesteilhabegesetz gehört in diese Reihe.

„Die Höfe brauchen dringend Liquidität“

Gitta Connemann über den Preisverfall bei Lebensmitteln und mögliche Hilfen für die Bauern



Foto: Tomi Peschel

Gitta Connemann

Stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Die mittelständische Landwirtschaft in Deutschland ist in Bedrängnis. Vor allem die Milchviehhalter und Schweinefleischproduzenten leiden unter dem Preisverfall für ihre Produkte. Über die Lage der Bauern und Möglichkeiten, Abhilfe zu schaffen, sprach „Fraktion direkt“ mit der stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Gitta Connemann.

Frau Connemann, wie ist es zu dem Preisverfall für Milch und Schweinefleisch gekommen?

Connemann: Zunächst schleichend. Jetzt spitzt sich die Situation täglich zu – für Milchbauern, Schweinehalter, Geflügelhöfe oder Obstbetriebe gleichermaßen. Alle sind betroffen. Wichtige Märkte wie Russland, China, der Nahe Osten sind weggebrochen. Die Gründe sind unterschiedlich – Embargo, Wirtschaftsmisere, Krieg, Ölpreisverfall –, aber in der Wirkung gleich. Der heimische Markt quillt über. Molkereien etc. ziehen noch nicht an einem Strang. Der Handel nutzt dies aus. Die Preise verfallen. Im Moment zahlen nur die Bauern die Zeche. Deshalb haben wir

diese Krise zum politischen Spitzenthema in Berlin gemacht.

Vielen Betrieben steht das Wasser bis zum Hals. Die Union will und wird helfen. Denn wir sehen auch, dass der einzelne Landwirt kaum Möglichkeiten hat, sofort umzusteuern. Bei einer Kuh lässt sich kein Schalter umlegen. Getreide muss Monate vor einer Ernte gesät werden. Biologische Prozesse brauchen eben ihre Zeit.

Welche Verantwortung tragen Handel und Verbraucher?

Connemann: Eine elementare. Die Zukunft unserer Höfe entscheidet sich auch an der Ladenkasse. Dort wird zurzeit ein ruinöser Preiskrieg mit Lebensmitteln geführt. Vier Große beherrschen den Handel. Und in dieser Situation gibt Wirtschaftsminister Gabriel auch noch die Erlaubnis für eine weitere Fusion. Verheerend. Deshalb brauchen wir ein schärferes Kartellrecht.

Aber auch der Kunde muss wissen, dass gute Lebensmittel ihren Preis haben und verdienen. Er hat es beim Einkauf selbst in der Hand. Das Thema geht uns alle an. Denn die Bauernfamilien verlieren sonst alles, wir unsere heimischen Lebensmittel und der ländliche Raum sein Gesicht.

Mit welchen Maßnahmen kann die Koalition die Bauern unterstützen?

Connemann: Es geht um ein ganzes Paket für eigentlich gesunde Betriebe. Die Höfe brauchen dringend Liquidität. Deshalb denken wir an weitere Zuschüsse bei der Unfallversicherung der Landwirte. Die Ersparnis kommt bei den Betrieben direkt an. Ein Zuschuss von knapp 80 Millionen bundesweit kann für einen mittleren Betrieb bis zu 3.000 Euro pro Jahr ausmachen.

Wir brauchen Kredithilfen durch ein globales Bürgschaftsprogramm

von Bund und Ländern. Viele Hausbanken sind nicht mehr bereit, das Risiko eines Kreditausfalls allein zu tragen. Aber jedes Darlehen muss irgendwann zurückgezahlt werden. Deshalb prüfen wir steuerliche Hilfen wie zum Beispiel die befristete Einführung von Freibeträgen. Dies wäre ein Befreiungsschlag für die Betriebe.

„Keine weiteren Auflagen für die Betriebe“

Neben der Politik ist auch die Branche selbst gefordert. Die Menge muss runter. Es ist nicht Sache des Staates, dies zu steuern. Deshalb wollen wir Möglichkeiten zur verbindlichen Mengensteuerung durch die Branche schaffen. Z.B. sind 70 Prozent der Milch in genossenschaftlicher Hand. Statt an einem Strang zu ziehen, unterbieten die Genossenschaften sich gegenseitig. Denn es gibt einfach zu viel Milch. Wir wollen ihnen das Instrument in die Hand geben, Branchenhöchstmengen festzulegen, und zwar verbindlich für alle.

Agrarpolitik ist größtenteils Sache der Europäischen Union. Welchen Spielraum hat die deutsche Politik überhaupt?

Connemann: Ein paar Beispiele habe ich eben schon genannt. Zum Spielraum nationaler Politik gehört aber auch der Verzicht auf weitere Auflagen. Jede beschleunigt den Strukturwandel. Forderungen der SPD nach noch mehr Regulierung als erforderlich – wie jetzt bei der Düngeverordnung – können das Fass zum Überlaufen bringen. Traurige Spitzenreiter sind hier die Grünen. Sie schwärmen von den kleinen Betrieben, machen aber mit überzogenen Auflagen Politik für die Großen.

Den Luftverkehrsstandort Deutschland erhalten

Experten fordern bessere Wettbewerbsbedingungen für die deutsche Luftverkehrswirtschaft



Foto: Steven Rösler

Arnold Vaatz beim Kongress zum Luftverkehrsstandort Deutschland

Die deutsche Luftverkehrswirtschaft hat einen erheblichen Anteil am wirtschaftlichen Erfolg Deutschlands und damit am Wohlstand der Gesellschaft. Hierüber waren sich alle Teilnehmer des Kongresses einig, zu dem die Unionsfraktion am Mittwoch geladen hatte. Unter dem Motto „Luftverkehrsstandort Deutschland – Bestehen im globalen Wettbewerb“ diskutierten Experten und Politiker die Bedeutung eines international wettbewerbsfähigen Luftverkehrs für den Industriestandort Deutschland und darüber, welche Rahmenbedingungen erforderlich sind, um die gute Stellung zu halten.

Diese müssen, auch darüber herrschte Einigkeit, verbessert werden, wenn die hiesige Luftverkehrswirtschaft im intensiv umkämpften Markt bestehen will. Der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion, Arnold Vaatz, mahnte daher gleich zu Beginn des Kongresses: „Wenn wir beim weltweiten Wachstum mithalten wollen, dürfen wir keine Marktanteile mehr verlieren.“

Auch der Fraktionsvorsitzende Volker Kauder befand, ein exportintensives Land wie Deutschland könne nicht mit einer Luftinfrastruktur aus dem letzten Jahrhundert in die Zukunft gehen. Die Politik müsse ihre Handlungsoptionen nutzen. Für eine Abschaffung der in der Branche als Belastung wahrgenommenen Luftverkehrssteuer, die nicht international erhoben wird und somit zu Wettbewerbsverzerrungen führt, sah er jedoch wenig Spielraum. Stattdessen nannte Kauder als Anknüpfungspunkt für Entlastung eine Senkung der Kosten für die Luftsicherheit.

Flexibilität beim Nachtflugverbot gefordert

Der Präsident des Bundesverbands der Deutschen Industrie, Ulrich Grillo, bestätigte den Erfolg der deutschen Luftfracht: Sie sei „schnell, flexibel, zuverlässig“. Aber eine wettbewerbsfähige Luftfracht müsse direkt von Deutschland aus zum Kunden gelangen, forderte Grillo. Dies erfordere Flexibilität auch beim Nachtflugverbot.

Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt betonte, dass es sich beim Flugverkehr um den am stärksten wachsenden Verkehrsträger handle. Seine Bedeutung müsse daher stärker in den Fokus der Politik kommen: „Es braucht eine Gesamtstrategie, um die Erfolgsgeschichte Deutschlands im globalen Zeitalter fortzusetzen.“ Dobrindt verwies in diesem Zusammenhang auf das Luftverkehrskonzept, das sein Ministerium derzeit erarbeite und zum Sommer vorstellen werde. Es werde im Kern darum gehen, deutsche Drehkreuze zu stärken und die Möglichkeit zu Kapazitätserweiterungen von Flughäfen zu erhalten – Stichwort: Startbahnen. Ein generelles Nachtflugverbot dürfe es nicht geben, unterstrich auch er. Wichtig seien zudem weitere Liberalisierungen im Zuge von Verhandlungen mit neuen Märkten.

Rekordzahl an Passagieren

Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Michael Fuchs betonte noch einmal die Bedeutung des Wirtschaftszweiges Luftverkehr. Die deutsche Luftfahrt habe 2014 über 187 Milliarden Passagiere befördert – ein Rekord. Dennoch sei das Wachstum im internationalen Vergleich gering. „Die Grundrichtung muss sein, die Rahmenbedingungen so zu organisieren, dass der internationale Standard gehalten werden kann.“

Diese Forderung bekräftigte auch der Vorstandsvorsitzende der Lufthansa Group, Carsten Spohr: „Wir sind gut beraten mit der gemeinsamen Einsicht, dass der Luftverkehr erhebliche Relevanz für dieses Land hat; und er droht, zurückzufallen.“ Das Kostenproblem sei offensichtlich; die Infrastrukturkosten für Flughäfen, Flugsicherheit, Flugkosten seien schon heute der höchste Posten.

Die christliche Soziallehre als Wertekompass

125 Jahre „Rerum Novarum“ – Unionsfraktion diskutiert über die Bedeutung der Sozialenzyklika



Foto: Steven Rösler

Kardinal Marx beim Unionskongress zu 125 Jahre „Rerum Novarum“

Vor 125 Jahren – am 15. Mai 1891 – hat Papst Leo XIII. als erstes Kirchenoberhaupt überhaupt umfassend zur sozialen Frage Stellung genommen. In seiner Sozialenzyklika „Rerum Novarum“ forderte er ein würdiges Leben und einen gerechten Lohn für Arbeiter. Über die Bedeutung dieser Denkschrift für die christliche Soziallehre heute diskutierte die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag auf einem Kongress am Montag mit Kardinal Reinhard Marx und Experten aus Politik und Gesellschaft.

Kardinal Reinhard Marx, Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz, betonte, dass die Kirche in ihrer Verkündigung nicht „neben der Zeit herlaufen“ dürfe. Wichtig sei, dass der Mensch im Mittelpunkt stehe. „Was ihm langfristig und nachhaltig dient, das müssen wir fördern“, mahnte der Kardinal. Marx erläuterte die Bedeutung von Eigentum und Freiheit in der katholischen Soziallehre. Eigentum sei die Voraussetzung für ein Leben ohne Abhängigkeit. „Dieses Eigentum ist aber nicht grenzenlos, denn die Güter der Erde sind für alle

da“, fügte er hinzu. Marx betonte auch, dass es eine freie Wirtschaft ohne eine staatliche Ordnung nicht gebe.

Unter Verweis auf die aktuelle Flüchtlingssituation nannte der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Volker Kauder, die christliche Soziallehre, insbesondere den Geist, in dem „Rerum Novarum“ geschrieben wurde, tagesaktuell und zeitlos. Gerade das christliche Menschenbild könne in der Gegenwart eine gute Orientierung für das politische Handeln bieten. „Die Vorstellung vom Menschen als Ebenbild Gottes“ verleihe ihm eine unteilbare Würde. Dieser Gedanke habe bei „Rerum Novarum“ gegolten und gelte genauso in der Gegenwart.

„Sozialstaat trägt zum inneren Frieden bei“

Der Vorsitzende der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Peter Weiß, er-

innerte an die „grundlegende Bedeutung“ der christlichen Soziallehre für die Sozialgesetzgebung in Deutschland. „Die christliche Soziallehre hatte einen entscheidenden Anteil an den sozialpolitischen Weichenstellungen in Deutschland. Unser Sozialstaat trägt zum inneren Frieden bei und ist gelebter Ausdruck der Personalität, Solidarität und Subsidiarität“, sagte Peter Weiß.

In der anschließenden Diskussion wies Elke Hannack, stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), auf die Gemeinsamkeiten zwischen den Vorstellungen der Kirchen und der Gewerkschaften hin. Für die Zukunft forderte sie die Umsetzung des Dreiklangs der Sozialenzyklika „Rerum Novarum“ für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. „Auf dem Weg hin zu guten Arbeitsbedingungen, gerechten Löhnen und zu Einkommen, die Eigentumsbildung ermöglichen, sind noch einige Schritte zu machen“, sagte Hannack.

Der Bundesvorsitzende der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft Deutschlands (CDA), Staatssekretär Karl-Josef Laumann, betonte den Einfluss der christlichen Soziallehre auf die Programmatik der Union. „Die Volksparteien CDU und CSU hätte es ohne den Einfluss der christlichen Soziallehre nicht gegeben“, sagte Karl-Josef Laumann. Peter Barrenstein, Vorsitzender des Arbeitskreises Evangelischer Unternehmer, verwies darauf, dass der Gewinn nicht die einzige Zielgröße eines Unternehmens sein dürfe. „Nicht alles, was legal ist, ist auch legitim“, betonte Barrenstein. Reiner Meier, Vizepräsident der Europäischen Union Christlich-Demokratischer Arbeitnehmer (EUCDA), kam zu dem Schluss: „Der Mensch ist kein Produkt. Die christliche Soziallehre muss uns daher wieder stärker als Wertekompass dienen.“

Europa braucht Großbritannien – Großbritannien braucht Europa

Michael Grosse-Brömer und Helge Braun zu politischen und wirtschaftlichen Gesprächen in London

Die Bürger Großbritanniens entscheiden am 23. Juni 2016 in einer Volksabstimmung über den Verbleib ihres Landes in der Europäischen Union. Bei einer Delegationsreise nach London in der vergangenen Woche verschafften sich der Erste Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Michael Grosse-Brömer, und der Staatsminister im Kanzleramt, Helge Braun, einen Eindruck von der Stimmungslage kurz vor dem anstehenden Referendum. Beide machten in ihren Gesprächen mit britischen Politikern deutlich, dass der CDU/CSU-Fraktion sehr an einem Verbleib Großbritanniens in der EU gelegen ist. Ein Austritt des Vereinigten Königreichs würde die Europäische Union empfindlich treffen, betonten sie. In der Folge verlören aber auch die Briten an politischem Einfluss und müssten sich auf spürbare wirtschaftliche Einbußen einstellen.

Nach einem Gespräch mit der britischen Staatsministerin für den Mittelstand, Anna Soubry, das auf Initiative von Staatsminister Braun zustande gekommen war, traf Grosse-Brömer im Unterhaus mit seiner britischen Amtskollegin aus der konservativen Partei, Deputy Chief Whip Anne Milton, zusammen. Grosse-Brömer wies darauf hin, dass ein mögliches Ausscheiden Großbritanniens aus der EU in Deutschland mit Sorge gesehen wird. „Großbritannien war in Europa ein nicht immer einfacher, aber doch ein stets wertvoller Partner“, betonte er. Gerade die CDU/CSU-Fraktion schätze London als Stimme der marktwirtschaftlichen Vernunft, wenn es etwa um Fragen des Binnenmarktes, des Freihandels und des EU-Haushalts gehe: „Auf diese Stimme möchten wir auch in Zukunft nicht verzichten.“ Das Gespräch diente ferner dem Erfahrungsaustausch unter Parlamentarischen Geschäftsführern. Konkret ging es um Gemeinsamkeiten und



Foto: Christian Junge

Helge Braun und Michael Grosse-Brömer vor dem Unterhaus in London

Unterschiede in parlamentarischen Abläufen und Strukturen.

Darüber hinaus stand ein Besuch der Hansard Society auf dem Programm. Die Hansard Society ist ein britischer Think Tank, der sich mit der Frage auseinandersetzt, wie Parlamente ihre Kontrollfunktion gegenüber der Regierung stärken können. Auch mit der Optimierung parlamentarischer Abläufe und der Verbesserung der Beziehung zwischen Parlamenten und Bürgern beschäftigt sich die Organisation. Im Gespräch mit der Direktorin des Instituts, Ruth Fox, wurden grundsätzliche Unterschiede zwischen den Funktionsweisen des britischen Unterhauses und des Deutschen Bundestages deutlich. Diese Unterschiede machen eine einfache Übertragung parlamentarischer Verfahren des britischen Unterhauses auf den Deutschen Bundestag schwierig.

Dies betrifft vor allem die regelmäßige Befragung des Premierministers im Unterhaus (Prime Minister's Questions). Im Gespräch mit Fox wurde klar, dass gerade diese Fragestunde von der britischen Bevölkerung kritisch gesehen wird. In einer Umfrage der Hansard Society kritisieren viele, dass dabei weniger die sachliche Auseinandersetzung mit einem Thema, sondern vielmehr die parteipolitische Profilierung im Vordergrund stehe. Der Austausch von Sachargumenten komme deutlich zu kurz. „Das alles hat mir gezeigt, wie richtig es war, dass sich die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag gegen eine übereilte Reform der Regierungsbefragung nach britischem Vorbild eingesetzt hat“, sagte Grosse-Brömer. An einer Optimierung von parlamentarischen Abläufen werde sich die Union aber wie bisher immer beteiligen.

„Der Frieden muss erarbeitet werden“

Veranstaltung zu 100 Jahre Verdun

Die Schlacht von Verdun im Jahre 1916 steht für das Sterben von Millionen Menschen, die im Interesse nationaler Egoisten geopfert wurden. In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts wurde Verdun zum Symbol der deutsch-französischen Verständigung. Als Konsequenz aus den beiden Weltkriegen wurden die Europäischen Gemeinschaften gegründet und eine auf Dauer angelegte europäische Friedensordnung geschaffen. Heute befindet sich die Europäische Union in einer schwierigen Lage; die Friedensordnung erweist sich als fragil. Bei einem Themenabend am Dienstag erörterte die CDU/CSU-Bundestagsfraktion gemeinsam mit dem Historiker Gerd Krumeich und Vertretern der jungen Generation Deutschlands und Frankreichs die Lehren aus Verdun.

Zum Auftakt der Veranstaltung erinnerten der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Franz Josef Jung und Bundestagsvizepräsident Johannes Singhammer an den Albtraum von Verdun – „die Apokalypse schlechthin“, bei der zwischen Februar und Dezember 1916 mehr als 300.000 Menschen getötet und 700.000 „Verluste“ registriert wurden, wie es im militärischen Jargon heißt. Krumeich, ehemaliger Professor an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf, sagte: „Aus Verdun konnte nur der Frieden entstehen.“

Warnung vor Wiedererwachen nationaler Egoisten

Singhammer würdigte den Aussöhnungsprozess zwischen Deutschland und Frankreich. Er erinnerte unter anderem an die Umarmung zwischen



Foto: picture alliance / Sven Simon

Kohl und Mitterrand gedenken 1984 in Verdun der Toten beider Weltkriege

Fraktion direkt bestellen

Unser Newsletter „Fraktion direkt“ erscheint in den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages. Wenn Sie ihn künftig regelmäßig lesen wollen, können Sie ihn unter www.cducusu.de/newsletter abonnieren.

Termine www.cducusu.de/veranstaltungen

- | | |
|--------------|-----------------------------------------------|
| 1. Juni 2016 | Kongress Krisenbewältigung im Nahen Osten |
| 1. Juni 2016 | Fachgespräch Kooperation mit Subsahara-Afrika |

Konrad Adenauer und Charles de Gaulle bei der Unterzeichnung des Elysée-Vertrages 1963 und an die Aussöhnungsgeste von Helmut Kohl und François Mitterrand, die in der Gedenkstätte Douaumont 1984 Hand in Hand der Toten der beiden Weltkriege gedachten. Die deutsch-französische Versöhnung sei Motor für den Aufbau eines friedlichen und starken Europas geworden, sagte Jung. Mit Verweis auf die Balkan-Kriege der 1990er Jahre und den aktuellen Konflikt um die Ukraine mahnte Singhammer, die europäische Friedensordnung sei nicht so selbstverständlich wie angenommen: „Der Frieden muss erarbeitet werden.“

In diesem Sinne betonte auch der Abgeordnete der französischen Nationalversammlung, Patrick Hetzel, die Notwendigkeit der Erinnerung. In den Rückspiegel zu schauen sei genauso wichtig, wie den Weg nach vorne im Blick zu behalten, sagte Hetzel. Auch er betonte die deutsch-französischen Bindungen und warnte vor einem Wiedererwachen nationaler Egoisten in Europa. Als eine Möglichkeit zur Festigung dieser Bindungen bezeichnete der Vorsitzende der deutsch-französischen Parlamentariergruppe im Bundestag, Andreas Jung, die Pflege der Sprache des Nachbarlandes.

Die CDU/CSU-Fraktion im Internet
www.cducusu.de
Der Blog der CDU/CSU-Fraktion
blogfraktion.de
Fraktion direkt
www.cducusu.de/fd



www.facebook.com/cducusubundestagsfraktion



www.youtube.com/cducusu



twitter.com/cducusubt